

LEITARTIKEL

Abkehr von der Kleinwasserkraft

Bauernopfer der Bundesregierung

Von Bernward Janzing



Ökologische Abwägungen sind oft nicht trivial. Entsprechend schwer ist daher die Bewertung der Kleinwasserkraft, die einerseits CO₂-neutral Strom erzeugt, andererseits die Flussökologie verändert. Dass die Interessen der Ökologie vor Ort und die saubere Stromerzeugung unter einen Hut zu bringen sind, zeigte sich bei manchen Projekten in der Vergangenheit. Von solchen Abwägungen der Interessen wollte die Bundesregierung nichts mehr wissen. Sie wollte für Anlagen bis 500 Kilowatt die Einspeisevergütung streichen – ein Angriff auf die älteste aller erneuerbaren Energien im Stromsektor. Am Dienstagabend sah es allerdings nun so aus, als werde dieses Ansinnen durch die Fraktionen im Bundestag noch gestoppt.

Ausgerechnet die Kleinwasserkraft war es, von der die deutsche Energiewende ausging. Denn das erste Stromeinspeisungsgesetz, 1991 in Kraft getreten, kam auf Betreiben vor allem bayerischer Wasserkraftwerker zustande. Es sollte die Kleinerzeuger in der damaligen Monopolwelt der Stromwirtschaft durch Mindestvergütungen vor allzu selbstherrlich agierenden Stromkonzernen schützen.

Weil der Gesetzgeber gerade dabei war, schrieb er auch für Strom aus anderen erneuerbaren Quellen Mindestvergütungen ins Gesetz – ohne die Konsequenzen zu erahnen. Die waren enorm: Ein Windkraftboom an der Küste machte Deutschland zur weltweit führenden Windkraftnation. Entsprechend wuchs das Selbstbewusstsein der Ökostrom-Verfechter, was sich von April 2000 an – nun unter der ersten rot-grünen Bundesregierung – im Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) widerspiegelte. Dieses wiederum katapultierte auch den Solarstrom nach vorne.

Diese Geschichte der Kleinwasserkraft muss man kennen, um zu verstehen, dass es bei den kleinen Turbinen oder auch Wasserrädern um mehr geht als um „nur“ drei Milliarden Kilowatt-

stunden. Die Kleinwasserkraft ist ein Stück Landesgeschichte. Ein Stück Industriegeschichte. Auch ein Stück Kulturgeschichte. Wer sie abschießt, zerstört ein Stück regionaler Identität.

Viele Orte in den Mittelgebirgen verdankten zwischen dem Jahr 1900 und dem Ersten Weltkrieg ihren ersten Stromanschluss der heimischen Wasserkraft. Findige Unternehmer bauten Turbinen an den Bächen, versorgten anfangs damit nur ihre eigenen Fabrikhallen, bauten dann aber auch Leitungen zu Nachbarhäusern und wurden so zu regionalen Stromversorgern. Über Jahrzehnte hinweg, mitunter bis in die 1970er Jahre hinein, bekamen Stromkunden ihre Energie von der örtlichen Papier-, Näh-

seide- oder Zündholzfabrik. Erst dann wurden die Netze in Konzernstrukturen integriert.

Der Plan der Bundesregierung, den kleinen Anlagen ökonomisch das Wasser abzugraben, ist daher Verrat an der Kulturgeschichte des Landes. Das nimmt man in Kauf, weil man ein Bauernopfer braucht, nachdem die Gesellschaft

ihren Fließgewässern so vieles angetan hat. Das wirkliche Problem der Fließgewässer ist mitnichten die Nutzung ihrer Kräfte. Vielmehr resultiert ihr mitunter schlechter Zustand aus begründeten Flussläufen, aus der Zerstörung von Überflutungsflächen, aus der Verdolung. Die Flüsse leiden unter Schadstoffeintrag und unter der Versiegelung des Landes, weil jeder Quadratmeter Beton und Asphalt im Einzugsgebiet die Abflusskurven verändert.

Zudem leiden die Flüsse natürlich auch unter dem Klimawandel, weil die Bäche sich erwärmen und öfter trocken fallen. Zwar wird die Kleinwasserkraft den Klimawandel nicht stoppen können, aber sie ist immerhin ein bescheidener Baustein. Und was vielleicht noch wichtiger ist: Manche Anlagen, gerade auch in Südbaden, gehören zu den stilvollsten Bausteinen des Klimaschutzes, die Ingenieurskunst je geschaffen hat.

► nachrichten@badische-zeitung.de

Kleinkraftwerke sind stilvolle Bausteine zur Rettung des Klimas



Dem Jongleur ist nichts zu schwör!

ZEICHNUNG: SAKURAI

Helfen ohne Rasensprenger

Der BaWü-Check belegt, wie sozial ungerecht die Inflation wirkt / Die Regierung sollte umsteuern

Von Ronny Gert Bürckholdt

Sozialen Sprengstoff hat der Kanzler die auf breiter Front steigenden Preise genannt. Der BaWü-Check zeigt, wie richtig Olaf Scholz damit liegt. Vor allem Nicht- und Geringverdiener müssen den Euro drei Mal umdrehen – dabei dürften die größten Preissprünge bei Energie noch kommen. Im Umgang damit macht die Regierung Fehler.

Eine hohe Inflation trifft zwar jeden, aber nicht alle gleich. Nur wer gut verdient, kann gegensteuern; der findet bei Durchschnitt seiner Ausgaben 100 oder gar 200 Euro im Monat, die sich irgendwie sparen lassen, um die teure Energie auszugleichen. Millionen Menschen aber führen schon jetzt ein Leben im Dispo. Sie haben keine Chance, die sich wohl bald mindestens verdrei- oder vervierfachen Heizkosten aufzubringen. Gleichzeitig treffen Mieterhöhungen von fast acht Prozent aus Indexverträgen (die Miete steigt pa-

rallel zur Inflation) jene knüppelhart, die bereits überdurchschnittlich viel ihres Einkommens fürs Wohnen aufbringen. Das sind die Haushalte, die laut BaWü-Check heute schon ans Eingemachte gehen, damit das Geld nicht ausgeht. Sie sparen bei Kleidung, Essen, Hobbys.

Die Bundesregierung reagiert mit Entlastungen; sie hat wohl erkannt, dass es unruhig werden könnte, dass sich neuer, radikaler Sozialprotest formieren könnte – egal, ob in gelben Westen oder nicht.

Doch die Worte der Regierung passen nicht zu ihren Taten. Einerseits treten vor allem Wirtschaftsminister Robert Habeck und Finanzminister Christian Lindner der verbreiteten Auffassung entgegen, dass der Staat allen alle Unbill vom Leib zu halten habe. Das sei unbezahlbar, sagen beide nun immer öfter und das mit Recht. Gleichzeitig aber verteilt die Ampel 30 Milliarden Euro mit dem Rasensprenger unter das Volk. Das verstärkt eben doch diese unerfüllbare Anspruchshaltung: Ob Corona, Krieg, Inflation – Sorge Dich nicht, die Regierung hat immer genug

Geld, wenn sie will! Es stimmt nur leider nicht einmal im reichen Deutschland – soll der Staat die nötigen Investitionen in Energiewende, Digitalisierung und Verteidigung stemmen können. Also bleibt nichts anderes übrig, als Inflationshilfen auf jene zu beschränken, die auf ihren Kontoauszügen nicht mal 50 Euro Sparpotenzial entdecken können.

Statt weiter mit Geld um sich zu werfen – wie mit jenen fast fünf Milliarden Euro für das strohfeuerartige 9-Euro-Ticket und den unsinnigen Tankrabbat –, sind befristete Zuschläge gezielt für Bezieher von Hartz IV, Wohngeld & Co sinnvoll. Zudem sollte man Geringverdienern knapp über der Bedürftigkeitsgrenze einen Teil ihrer Sozialausgaben erstatten. Denn: Dass der Mindestlohn im Oktober von 10,45 auf 12 Euro steigt – mag auf dem Lohnzettel schön aussehen, das aber dürfte die Preise etwa beim Bäcker weiter hochtreiben.

Dass die Inflation sozial ungerecht wirkt, das lässt sich nicht verändern – die Reaktion des Staates darauf schon.

► buerckholdt@badische-zeitung.de

Justizminister Klartext

IM PROFIL: FDP-Politiker Marco Buschmann formuliert scharf und knapp und eckt immer wieder an – vor allem in der Corona-Politik

Von Norbert Wallet

Es gibt gewisse Hinweise darauf, wie Bundesjustizminister Marco Buschmann (FDP) ein heißes Wochenende verbringt. Jedenfalls nicht im Liegestuhl: Keyboard statt Cocktails, Synthesizer statt Sonnenbad. Buschmann ist passionierter Hobby-musiker, der seine Produktionen gerne auf dem Netzportal SoundCloud öffentlich macht. Freundlicher Warnhinweis der Redaktion: Der ministerielle Musikgeschmack liegt näher bei Elektro und Techno als beim deutschen Volkslied.

Die rhythmusstarken Bemühungen passen nicht zum Image des spaßbefreiten Polit-Nerds, das von Buschmann kurziert. Nachdem ihn Parteichef Christian Lindner, mit dem Buschmann seit Jugendtagen befreundet ist, nach dem Ausscheiden der FDP aus dem Bundestag 2013 zum Bundesgeschäftsführer seiner Partei gemacht hatte, verordnete der gebürtige Gelsenkirchener den Liberalen einen strengen Sparkurs. Auch an der programmatischen Neugestaltung, die gerne Lindner allein gutgeschrieben wird, hat Buschmann erheblichen Anteil.

Die Strenge hat sich Buschmann auch erhalten, als er 2017 nach der Rückkehr der FDP in den Bundestag Parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion wird.



Marco Buschmann

Er hat seine Abgeordneten im Blick, hält präzise fest, welche mediale Wirkung sie erzielen, spart nicht mit Kritik. Das tut er auch nicht gegenüber der Regierung. Seine Bundestagsreden fallen auf, weil er knapp und scharf formulieren kann. Kein Geschwafel, sondern Klartext. Zugespielt ist auch seine Kritik am Corona-Kurs des damaligen Bundesgesundheitsministers Jens Spahn (CDU). Mit 80 FDP-Abgeordneten klagt er vor dem Bundesverfassungsgericht gegen die gesetzliche „Bundesnotbremse“, die aufgrund der ange-

spannten Infektionslage im April 2021 als Antwort beschlossen wurde.

Das Thema hat Buschmann nicht losgelassen. Offiziell ist die Ampel-Regierung noch gar nicht bestellt, wird das Thema wieder zum Streitfall. Obwohl eine neue Welle mit Rekord-Infektionen durchs Land läuft, verlängert die Koalition die „epidemische Lage“ nicht. Buschmann setzt durch, dass pauschale Lockdowns nicht mehr möglich sind und die Länder Spielraum für regionale Maßnahmen behalten. Gesundheitsminister Karl Lauterbach hätte sich viel mehr gewünscht.

Für viele wird Buschmann zum Buhmann einer angeblich zu laschen Corona-Politik. Passiert das nun wieder? Erneut steigen die Infektionszahlen und es muss geklärt werden, wie es mit dem auslaufenden Infektionsschutzgesetz weitergeht. Die alten Frontstellungen: Bundesländer und Lauterbach dringen darauf, möglichst viele Möglichkeiten zum Infektionsschutz zu haben – einschließlich Maskenpflicht und Kontaktbeschränkungen. Buschmann legt Wert darauf, erst das Gutachten der Sachverständigen über die Wirksamkeit der Corona-Politik abzuwarten, das vergangenen Donnerstag vorgestellt wurde. Buschmann, so schien es nach einem womöglich falsch interpretierten Interview, misstrauet der Wirksamkeit der Masken. Er hat das über Twit-

ter korrigiert. „Ich habe nichts gegen die Maske, meine Frau und ich tragen sie auch freiwillig, wenn wir etwa in den Supermarkt gehen. Will der Staat Masken vorschreiben, muss das evidenzbasiert und verhältnismäßig sein. Dazu berichtet uns das Evaluierungsgremium“, lautet eine jüngere Nachricht.

Eigentlich aber will er auf einem anderen Feld Spuren hinterlassen: „Die umfangreichsten familienrechtlichen Reformen seit Ende der Nachkriegszeit“, will er angehen. Das steht auf seiner Homepage. Eine Reform des Namensrechts soll kommen. Das Abstammungsrecht soll Thema und ein Institut der „Verantwortungsgemeinschaft“ eingeführt werden. Ein Selbstbestimmungsgesetz zur geschlechtlichen Verortung hat er vorgelegt. „Das Recht ist für die Freiheit da.“ Das ist ein Lieblingssatz von Buschmann.

Das ist ein Lebensthema für den Liberalen, der aus kleinen Verhältnissen kommt. Seine Grundschullehrerin gab ihm, vielleicht auch deswegen, keine Gymnasialempfehlung. Es folgten Einsers-Abitur, zwei juristisch Staatsexamen mit Prädikat und eine Promotion „summa cum laude“. Es gibt da erstaunliche Parallelen zum Lebensweg des Bundesgesundheitsministers Lauterbach. Man sollte glauben, dass das eine ganz gute Basis wäre, sich doch noch zusammenzurufen.

PRESSESTIMMEN

Nicht angemessen

Die „Neue Osnabrücker Zeitung“ zur konzertierten Aktion: „Dass die Bundesrepublik vor ‚historischen Herausforderungen‘ steht, ist nun wahrlich keine neue Erkenntnis. (...) Da wirkt es schon beinahe aufreizend, wenn der Bundeskanzler einen längeren Dialog mit den Sozialpartnern ankündigt. Diese Immer-mit-der-Ruhe-Attitüde passt nun wirklich nicht in die Zeit. Ergebnislose Auftaktgespräche sind der Dramatik der Lage nicht angemessen.“

Lange gedauert

Das „Straubinger Tagblatt/Landshuter Zeitung“ zum Gasstopp: „Bedauerlicherweise sind die meisten Politiker im Westen des strategischen Denkens nur noch unzureichend oder gar nicht fähig. Sonst hätte man sich ausrechnen können, dass die Energie-wirtschaftsbeziehungen mit Russland unweigerlich als Waffe im Kampf eingesetzt würden. Im Grunde hätte man schon am 24. Februar davon ausgehen müssen, dass die Gaslieferungen aus dem Osten über kurz oder lang versiegen würden. Wundern kann man sich eigentlich nur darüber, dass es so lange gedauert hat, bis Putin diese Waffe einsetzt.“